

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Mr. 875.

Montag, 14. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, 12. Dezember. Der Ständerat hat gestern den vom Nationalrat angemommenen Gesetzentwurf, betreffend die politische Stimmberechtigung der Schweizerbürger mit unwesentlichen Änderungen nunmehr ebenfalls genehmigt und sich darauf bis zum Mittwoch vertragt.

Paris, 12. Dezember. Der "Moniteur" meldet, daß sämtliche Erstwahlen für die Nationalversammlung auf den 9. Februar f. J. festgesetzt sind.

Die in dem Prozeß Arnim zur Verlesung gekommenen, die hiesige Situation betreffenden Altenstücke haben hier großes Aufsehen erregt und werden lebhaft kommentiert. Die Sprache der Blätter ist jedoch noch äußerst zurückhaltend. Offenbar wünscht die Regierung nicht, daß lange Diskussionen an dieselben geknüpft werden.

Bayonne, 12. Dezember. General Loma ist bei dem Angriff auf die carlistischen Positionen bei Urbieto leicht verwundet worden. Nicht destoweniger gelang es ihm, den Ort zu erobern. Die Nacht verbrachte er in Audrain. Die von den Carlisten verbreiteten Siegesnachrichten sind daher als unbegründet zu bezeichnen.

Hendaye, 12. Dez. Nach hier eingegangenen Meldungen hat am Montag und Dienstag unweit Tolosa eine Schlacht zwischen den Regierungstruppen und Carlisten stattgefunden. Erstere besetzten am Montag Hernani und nahmen am Dienstag Urnieta. Dem rechten Flügel gelang es, bis Audrain vorzudringen, aber das Zentrum wurde trotz aller Anstrengungen zurückgeworfen, so daß der Rückzug angetreten werden mußte. Auf der Verfolgung machten die Carlisten wiederholte Angriffe mit dem Bajonet, wobei die Guiden von Don Carlos und das erste und zweite Bataillon von Guipuzcoa große Verluste hatten. Der Carlistenchef Mongrovejo ist ziemlich erheblich verwundet. Die Regierungstruppen haben einen Verlust von etwa 700 Mann erlitten. General Loma ist nach San Sebastian zurückgegangen. Don Carlos befindet sich in Bergara.

London, 12. Dezember. Dem "Neuerschen Bureau" wird aus Buenos Ayres vom 7. d. telegraphiert, daß der Iafurgenführer Arredondo von dem Regierungsgeneral Rocca geschlagen und mit seiner ganzen Armee gefangen genommen ist. Die Regierung hat eine Proklamation erlassen, in welcher den Aufständischen vollständige Amnestie zugesichert wird.

13. Dezember. Die Königin hat gestern in Windsor einen Ministerrat gehalten. Es wurde beschlossen, das Parlament, statt wie bisher bestimmt am 16. d., erst am 5. Februar 1875 zu eröffnen. Hier eingegangene Privatdepeschen bestätigen, daß der Aufstand in Uruguay beendet ist. Die Nachricht, es sei von dem Kriegsschiffe "Krämer" die Meldung von einem neuen Aufstande in Uruguay eingetroffen, wird von der Admiralität als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

Petersburg, 12. Dezember. Prinz Albrecht von Preußen wird sich heute Abend nach Moskau begeben und von dort aus direkt nach Berlin zurückkehren. — Die beabsichtigte Übertragung des Gefängnisressorts an das Justizministerium wird voraussichtlich nicht zur Ausführung gelangen. — In dem Krankheitszustande des Grafen Adlerberg ist eine entschiedene Besserung eingetreten und jetzt Aussicht auf Genesung derselben vorhanden.

Alexandrien, 12. Dezember. Darfour hat die Annexion durch den Vizekönig anerkannt. Nur einige Mitglieder der Familie des Ex-Sultans haben die Annexion nicht anerkannt. Die ägyptischen Truppen gehen gegen dieselben vor.

Prozeß Arnim.

Vierte Sitzung.

Berlin, 12. Dezember.

Die Sitzung wird um 10½ Uhr eröffnet. Der Staatsanwalt thiebt zunächst mit, daß im Zeugenzimmer ein Verkehr der Angehörigen des Angeklagten mit dem Zeugen Dr. Landsberg vor dessen gestriger Vernehmung stattgefunden habe und demselben — er könne dafür Zeugen stellen — mitgetheilt worden sei, der Angeklagte Graf Arnim habe jede Erklärung über die Veröffentlichung der Entschlüsse in der "Presse" verweigert. Es scheine darauf angelegt gewesen zu sein, diesen Zeugen zu dirigieren, wie ähnlich mit ihm bereits in Paris vorgefallen sei. Wenn auch gewisse Wünschen dem Angeklagten gegenüber beobachtet seien, so dürfe dies doch nicht so weit gehen, den Angehörigen des Angeklagten zu gestatten, das Zeugenzimmer zu betreten und dort mit den Zeugen in Verkehr zu treten.

Präf.: Es versteht sich von selbst, daß dies unzulässig ist, und es wird wohl von Allen gefühlt werden, wohin es führen kann, wenn ein solcher Verkehr und sein Inhalt hier zur Sprache gebracht wird. Ich darf wohl erwarten, daß diese Erwähnung genommen wird, um einen derartigen Verkehr abzuschneiden.

Staatsanwalt: Er könne ferner konstatieren, daß, sobald Zeugen, die gegen den Angeklagten aussagen, vernommen werden, im Zuschauerraum darüber Bemerkungen und Kritiken laut würden. Auch dies dürfe nicht nachzulassen sein und auch in dieser Hinsicht könne er Beweise anführen.

Präf.: Es ist das ebenfalls nicht zulässig.

Staatsanwalt: Der Angeklagte habe bedauert, daß jenes mehr erwähnte Schreiben des Herrn Feldmarschall von Mantenfelli hier zur Verlesung gelommen sei, da dieses doch nur vertrauliche Mitteilungen enthielte. Aus den Abschriften zweier Depeschen könne er beweisen, daß von diesen vertraulichen Schreiben erst dann Gebrauch gemacht worden sei, nachdem der Herr Feldmarschall seine Zustimmung dazu gegeben habe. Er beantrage, die beiden Depeschen zur Verlesung zu bringen.

R. A. Döckhorn: Es wird die Ertheilung einer solchen Zustimmung nicht bestritten. Präf.: Das Kollegium wird sich darüber schlüssig machen.

Es wird nunmehr die gestern abgebrochene Begegnung verne-

mung wieder aufgenommen. Zunächst wird Kriminal-Polizei-Inspектор Pick vorgeführt.

Präf.: Der erste Punkt des Verhörs betrifft eine mysteriöse Persönlichkeit, die unter dem Namen Murray eine Rolle gespielt. Unter dem 14. Oktober d. J. ist eine Depesche, Murray gezeichnet, von hier an einen Herrn Sauer in London abgeschickt worden, die pseudonymische Andeutungen enthält, die vielleicht auf die vorliegende Sache bezogen werden können.

Zeuge erklärt von diesem Murray folgendes zu wissen: Es hat ein Murray hier im Hotel de Rome 14 Tage, etwa im Oktober, logiert; seine Personalien sind mir fremd. Wie der Portier des Hotels fragte, hat er nur Verkehr mit einem Dr. Vogelsang (Geschäftsmann des Grafen Arnim) gehabt; welcher Art der Verkehr war, wußte der Portier nichts anzugeben. Auch über Abfertigung von Depeschen weiß Zeuge nichts anzugeben.

Präf.: Der zweite Punkt betrifft die vom Zeugen am 14. Okt. hier im Palais, Pariser Platz 4, abgehaltene Hausforschung.

Zeuge: Ich hatte den Auftrag, die im Arnim'schen Palais befindlichen dem Angeklagten gehörenden Kisten nach dem Polizei-Präsidium zu schaffen, um sie dort sicher zu stellen und auch ihren Inhalt zu untersuchen. Da sich dies indeß bei der großen Anzahl der Kisten, etliche 250 in drei Remisen, auf dem Fluß und Boden — nicht ermöglichlich ließ, mußte mich befrüchten, nach einem mir von einem Diener übergebenen Katalog solche Kisten herauszuholen, von denen man annehmen könnte, daß Papier und dergleichen in denselben enthalten seien könnten. So habe ich von diesen etlichen 250 Kisten, die alle gefüllt und vernagelt waren, 12 nach dem Polizei-Präsidium mitgenommen und dort selbst geöffnet und sorgfältig untersucht. Ob auch eine Kiste mit einem Schreibblatt unter den nicht geöffneten war, weiß sich Zeuge nicht genau zu erinnern. Bei Befürchtung, daß der unterliegenden Kisten befanden den Befehl, auch die übrigen nicht geöffneten zurückzugeben und befrüchten mich daher darauf, mich zu überzeugen, daß sie inzwischen nicht geöffnet waren. Unter den geöffneten Kisten war auch ein Koffer mit Papieren und Korrespondenzen enthalten. Der Präsident legt die letzteren vor und sie werden vom Zeugen als die von ihm aufgefundenen anerkannt. Dann bestätigt er, daß in der Zeit der Untersuchung ein Theil der Kisten ausgepackt worden ist und zum Theil nach Nassenhäide geschickt wurde.

Zeuge nimmt seine Aussagen auf den Dienstbot und tritt ab.

Graf v. Weddehlen wird auf Verlangen des Staatsanwalts nochmals als Zeuge vorgeführt.

Präf.: Nun, Herr Graf. Sie sollen noch über einen Punkt hier vernommen werden. Seitens der Staatsanwaltschaft ist angezeigt, daß Sie mit Herrn Dr. Landsberg in Paris Nachsprache über das Verhältnis des Angeklagten zu den Entschließungen in der Wiener "Presse" genommen haben. Räumen Sie darüber, daß diese Entschließungen auf Veranlassung des Angeklagten selbst stattgefunden haben, soll Dr. Landsberg selbst mit Ihnen gesprochen haben.

Zeuge: Es ist richtig, daß ich mit Dr. Landsberg über die Sache gesprochen habe und derselbe sich so gedrängt hat, als ob es ihm bekannt wäre, daß ich von dem Hergange bereits unterrichtet wäre, d. h. daß er diese Papiere auf Veranlassung des Grafen von Arnim veröffentlicht habe.

Präf.: Das ist mir nicht ganz klar.

Zeuge: Herr Dr. Landsberg hat nur darüber gesprochen wie über eine uns beiden bereits bekannte Thatsache.

Präf.: Wie waren etwa die Worte?

Zeuge: Die Worte kann ich nicht wiedergeben. Ich glaubte, Dr. Landsberg bedauerte, daß der Graf von Arnim sich nicht entschlossen habe, sich offen zur Veröffentlichung zu befehlen.

Präf.: Also es war mehr Andeutung, die als Hintergrund die Vorauflistung hatte, daß Ihnen Alles bekannt sei. Direkte Erklärungen und Beziehungen des Grafen Arnim sind von Dr. Landsberg Ihnen gegenüber nicht ausgesprochen worden?

Zeuge nimmt, indem er bemerkt, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben nicht im Stande zu sein, die Nichtigkeit des Aussages auf seinen bereits geleisteten Zeugeneid.

Rechtsanw. Döckhorn: Der Zeuge Dr. Landsberg wird wohl noch hier sein und kann derselbe wohl sofort vernommen werden. Ich behaupte, daß er dem Grafen von Weddehlen keine Andeutungen gemacht habe.

Dr. Landsberg: Es passirt einem Zeitungskorrespondenten alle Tage, daß ihm gesagt wird: die und die Publikation oder Mittheilung röhrt von Ihnen her oder ist von Ihnen im Auftrage des und des gemacht worden. Da pflegt man in der Regel nicht Nein zu sagen, sondern die Sache oft auf sich sitzen zu lassen. Ein Korrespondent kann sich nicht über Alles auslassen, was ihm angedichtet wird.

Präf.: Sie bestätigen Alles, was der Graf Weddehlen gesagt?

Zeuge: Ich bestätige die Mittheilung, daß Graf Weddehlen aus meinem Gespräch solche Schlüsse ziehen konnte, wie er sie gezogen hat: direkt und positiv habe ich nichts erklärt. Zeuge nimmt die Nichtigkeit auch dieser Aussage auf seinen bereits geleisteten Zeugeneid.

Präf.: Gestern sind wir in der Verlesung der Altenstücke stehen geblieben bei dem Berichte vom 1. Okt. 1872.

Es erfolgt zunächst die Verlesung einer Verfügung des auswärtigen Amtes an den Grafen von Arnim vom 28. Mai 1874, welches denselben in Betreff des Artikels im "Echo du Parlement" vom 21. Sept. 1872, dabin gehend, daß der deutsche Botschafter in Paris Graf Arnim seine Demission gegeben haben solle ic. r. c. um Außerung ersucht. Es wird darin mitgetheilt, daß Dr. Beckmann, bei der Botschaft zu Paris vernommen, eine Erklärung dahin abgegeben habe, daß er am 20. Sept. 1872 den schriftlichen Auftrag des Grafen Arnim erhalten habe, diese Nachricht möglichst rasch zu verbreiten und zu diesem Gehufe nach Brüssel gereist sei, wo er diese Veröffentlichung in der Presse und durch Telegramme bewirkt habe.

Es folgt das Antwortschreiben des Grafen Arnim datirt Karlsbad, 20. Juni 1874, arreßtirt an den Staatssekretär Herrn v. Bülow, worin es etwa heint: „Ich habe dem Albert Beckmann, welcher der Botschaft als Presseagent beigegeben und dafür bezahlt war, die bekannte im "Echo du Parlement" enthaltene Notiz gegeben, indessen nicht vom Botschaftsposten aus, sondern aus Pommern, und zwar habe ich den Brief selbst in Posen zur Post gegeben. An der Spitze der Botschaft in Paris stand ich damals nicht, sondern der Graf von Weddehlen. Daß der r. Beckmann indessen nach Brüssel gehen sollte, habe ich ihm nicht vorgeschriven und die Art, wie er den Auftrag ausgeführt hat, wodurch die Sache jene ungeheure Wichtigkeit erhielt, bat mich sehr unangenehm berührt. Ich hatte weiter nichts bezweckt, als in Paris einen Effekt herzorzufen. Ich hatte allerdings schon damals die Absicht, sofort nach Erledigung der Evaluationsgeschäfte meine Entlassung zu fordern; die in der Korrespondenz des "Echo" enthaltene Nachricht, daß an Stelle des Botschafters nur ein Konsul

hier zu Paris die Interpellationen gestellt werden können, habe an die Botschaft in Posen und verschiedene Botschaften in Europa, ferner an die Botschaften in Russland und anderen Ländern geschrieben, daß man am folgenden Tage Abgang mit dem Botschaftsamt beauftragt werden möge.

nach Paris gehen sollte war weiter nichts, als ein Averissement an die Franzosen, welche damals noch ihren Patriotismus durch Bekleidung der deutschen Nation katholiken zu dürfen meinten; Niemand hat diese Botschaft damals anders aufgefaßt. Man meinte auch damals doch ein bloßer Geschäftsträger leichter als ein Botschafter in gute Verbindungen in Paris treten könnte. Die Verhältnisse waren damals so außerordentlich, daß auch außerordentliche Mittel angewandt werden mussten — die Methode des „kalten Wasserstrahls.“ Im September 1872 billigt Fürst Bismarck mein Verfahren durchaus. — Im Okt. übertrief ich abermals Paris und bezog mich nach Baden, wo mir eine Audienz vom Kaiser bestätigt war. Er sagte mir: „Sie haben Ihre Entlassung gegeben, und ich weiß nichts davon.“ Ich erwiderte: „Es war nur ein avis au lecteur!“ Se. Majestät erwiderte: „Nun, höchstens wird es helfen“ und ging zu einem anderen Gesprächsthema über.

Es folgt die Verlesung der diplomatischen Entnahmen, die in der Wiener "Presse" am 2. April 1874 veröffentlicht worden sind. Der Angeklagte verzichtet auf die Verlesung des Original-Promemoria; er erkennt das ihm vorgezeigte Schriftstück als eine Abschrift des Originals an; an Schlüsse der Abschrift sind übrigens von der eigenen Hand des Grafen einige Worte hinzugefügt. Auf die Abweichungen zwischen dem Original und dem Abdruck in der "Presse" legt Angeklagter kein Gewicht; und bittet sogar, dieselben nicht aus dem Original zu verlesen, da es sich dabei um die Wahl milderer Ausdrücke handelt; das Promemoria sei öfter abgeschrieben worden und mit verschiedenen Varianten. Auf Anfrage des Präsidenten erkennt der Angeklagte den ersten das Promemoria begleitenden Brief an, erklärt aber, von dem zweiten keine rechte Erinnerung zu haben. Auf die Anfrage des Präsidenten, wer die Adressaten wären, ob Döllinger oder Hefele, erklärt der Angeklagte, darüber keine Antwort geben zu wollen. Hefele sei indes keines Falles. Das Promemoria sei übrigens entstanden auf Grund der Instruktionen, die er als Gesandter beim päpstlichen Stuhle hatte, die deutschen Bischöfe zu unterstützen in dem Widerstand gegen die Prätention der Kurie. Es habe dies übrigens nur sehr wenig geholfen, weil die Schlacht schon verloren war. Daß die Publikationen mit seinem Willen geschehen, wolle er nicht schlechthin längen, bitte indes um die Erlaubnis, sich darüber nicht erklären zu müssen.

Sodann folgt die Verlesung des Briefes des Grafen Arnim aus Paris, 11. April 1874; in demselben heißt es, nachdem über den Gefundenszustand seiner Tochter wie von dem allgemeinen Maßregeln, die ihm für seine Überfahrt vorgeschrieben waren, gesprochen ist: „Alle diese Zwischenfälle sind für mich sehr unerfreulich, namentlich da ich sehr dringende Geschäfte habe, für die ich gern in Berlin wäre. Zu den in der Wiener "Presse" von mir veröffentlichten Correspondenzen habe ich nur zu bemerken, daß ich den kurzen Brief, der das Promemoria begleitet, weder für apophysis noch für autentisch erklären kann, aber ich kann bestimmt erklären, daß er nicht an den Bischof Hefele gerichtet ist, denn ich glaube mich sicher zu entzählen, dem Bischof persönlich das Promemoria mitgeteilt zu haben. Von einem gegebenen Ehrenwort (zur Geheimhaltung des Promemoria) sei ihm nichts bekannt. Er wolle nicht direkt in Verbindung mit der Presse treten, er wünsche aber Reinigung Hefele's durch die Presse, sowie es sich um Ehrenwortbruch handele.“

Es folgt die Verlesung des bekannten in der "Augsburger Allg. Zeitung" unter 25. April abgedruckten Briefes des Grafen Arnim an den Stiftspräs. Dr. v. Döllinger vom 21. April 1874.

Daran schließt sich die Verlesung eines Erlasses des Staatssekretärs v. Bülow vom 5. Mai 1874, in welchem dem Angeklagten eröffnet wird, daß ein Rechtstritt des Kaisers vom 2. Mai ihn zunächst zu einer amtlichen Rechtfertigung bezüglich jener in der "Augsb. Allg. Blg." abgedruckten Schriftstücke auffordert. Herr v. Bülow erfuhr den Grafen Arnim zunächst, sich über diese Punkte schriftlich äußern zu wollen. Es sei für Entscheidung über das weitere Verfahren zunächst erforderlich, zu wissen, auf welchen Veranlassung und Vermittelung jene Artikel in der "Augsb. Allg. Zeitung" abgebracht seien, die ihren Ursprung in den diplomatischen Entnahmen in der "Wiener Presse" vom 2. April d. J. nehmen, und angeblich von Florenz ausgegangen sind. Wenn der Graf amtlich versichern könnte, daß er in keiner Weise weder direkt noch indirekt an der Veröffentlichung beteiligt sei, so sollte er sich darüber äußern, wer der Einflender gewesen sein könnte, und auf wen sich die darin enthaltenden Ansprüche beziehen; die Herren von Döllinger und Hefele würden die Artikel wohl nicht veröffentlicht haben. Es könne dem Grafen nicht entgangen sein, daß jene Eröffnungen Stoff zu feindlichen Neuerscheinungen über die von der Regierung begolgte Politik abgeben müßten. Der Graf sollte sich ferner über den unter 15. April in der "Span. Zeitung" abgedruckten Artikel, unterzeichnet Bößart, sowie über den Artikel in der "Schlesischen Zeitung" vom 29. April, überzeichnet "Graf Arnim und Bismarck", unterrichten. Ferner wünsche man eine Mittheilung in Betreff des Briefes an Döllinger, ob der Graf ihn selbst geschrieben und ob der Adressat zur Einsendung des Briefes an die "Augsb. Allg. Blg." ermächtigt gewesen sei. Erkenne der Graf die Autorschaft an, so habe er die Verantwortung selbst zu tragen. Es wird darin daran erinnert, daß schon vorher die heftigste Polemik über ähnliche Fragen entbrannt gewesen sei, durch solche Veröffentlichungen nur noch verschärft worden wäre. Hätte der Graf etwas Ihnen wollen, so hätte er sich zunächst an die ihm vorgelegte Behörde und an den Kaiser wenden und ihre Genehmigung zur Veröffentlichung jener Artikel einholen müssen. Auch für den Fall, daß er sich dadurch beleidigt gefühlt hätte, daß einige seiner Briefe durch die offiziöse Presse veröffentlicht wären, so hätte er auch dann den amtlichen Weg einschlagen müssen. Der Kaiser habe sich bereits jetzt über sein Verhalten tadelnd ausgesprochen.

Es folgt die Verlesung des Antwortschreibens vom 7. Mai 1874; hierin äußert sich Graf Arnim in Bezug auf den Erlass vom 5. Mai e., daß er als eine eigenthümliche Auffassung bezeichnen müsse, wenn in seinen Briefen ausgesprochen sein sollte, daß die kritischen Wirren das Resultat der Regierungspolitik seien. Er bemerkte, daß diese Interpretation, die allerdings mehrheitlich seinen Ansprüchen gegeben wurde, erst dann zulässig wurde, nachdem die offiziöse Presse, und besonders die "Nord. Allg.", mit Leidenschaft Schlagwörter gegen ihn in Gours setzten. Wenn Einiges in dem Briefe zu diesem Widerstreit Ansatz gegeben, so hätte er (Graf Arnim) ein Recht dazu gehabt, gesetz zu werden, was seine Meinung darüber sei. Man könnte ihn zur Rechenschaft ziehen, wenn seine Auffassung nicht einigend erscheine. Derartiges aber sei nicht geschehen, sondern die Offiziösen seien mit einer Einmischtheit und einer Leidenschaft über die Sache hereingefallen, welche dem Publikum die Unbefangenheit des Urteils geraubt habe. Niemand, der mit der Organisation der Presse vertraut sei, werde sich den Gedanken verhehlen, daß man durch die Presse Demand verurtheilen könne, ehe man ihn gehört habe. Er (Graf Arnim) habe in seinem Briefe nur Thatsachen erwähnt, nämlich, daß der unglückliche Verlauf des Konzils zu den jetzigen Wirren geführt habe. Niemand

habe das Recht, seinen Brief so zu interpretieren, als wenn Worte darin enthalten wären, welche der Leser hinzufügen müsse, um ihm die Bedeutung beizulegen, welche er nach dem Erlass vom 5. Mai c. haben soll.

Weiter wird ein Erlass des Staatssekretärs von Bismarck vom 10. Mai 1874 an den Grafen Arnim verlesen. Hierin wird erwähnt, daß Graf Arnim sich nur theilweise auf die im Erlass vom 5. Mai auf allerhöchsten Befehl an ihn gerichteten Fragen geäußert habe. Das außwärtige Amt würde sich nicht genügt sehen, weitere vereinigte Erörterungen darüber von ihm zu vernehmen. Bei längerer Verzögerung seiner Ausführung wäre man nicht umhin können, dem gegen Arnim eingeleiteten Verfahren Fortgang zu geben.

Es folgt ein Schreiben des Grafen Arnim vom 14. Mai 1874; es ist dies eine theilweise Erwiderung des Erlasses vom 5. Mai c. Graf Arnim bemerkt hierin, daß er für die in der "Presse" publizierten "Enthüllungen" in keiner Weise verantwortlich gemacht werden könne. Indessen habe er den Redakteur der "Presse" ersucht, über den Einsender der "Enthüllungen" ihm Auskunft zu geben. An den Bischof von Rottenburg (Hesse) habe er nicht geschrieben. In Bezug der Artikel der "Spener, Bla." und "Schle, Bla." verneine er die Frage nach der Autorität. Den Brief an Stiftsprobst Döslinger habe er geschrieben, um ihm eine Genugtuung für die ihm durch einen Artikel der "Nord. Allgem. Bla." zugefügten Kränkungen zu geben.

R. A. Döschhorn: In der Anklage ist noch auf verschiedene bei den Alten befindliche Briefe Bezug genommen. Es sind dies die bereits rekonstruierten Briefe des Dr. Landsberg mit einer Einlage des Dr. Laufer. Dann ein noch nicht rekonstruierter Brief des früheren Schauspiel-Direktors Franz Wallner, welcher auch als Zeuge vernommen werden sollte. Derselbe befindet sich zur Zeit in Nizza und erklärt, seine Veranlassung zu haben, seine Kur zu unterbrechen. Dann ein Brief von einem Bewunderten des Angeklagten; ferner eine Notiz bei den Alten und Stellen aus dem (mit Beiflag begleiteten) Kopiubuche für die Korrespondenz des Grafen Arnim. Es ist der Antrag gestellt, diese Schriftstücke informationis causa zu verlesen.

R. A. Döschhorn: Ich möchte bemerken, daß der Verfasser des einen Briefes Graf Hermann von Arnim ist.

Staatsanwalt Tessenendorff: Ich möchte dann empfehlen, daß, wenn der Zeuge hier im Saale, er so lange abtritt (was auf Anordnung des Präfekten geschieht).

Der Gerichtshof zieht sich nunmehr zur Beratung darüber zurück, welche von den genannten Schriftstücken zur Verlesung zu bringen sind. Der Präsident verkündet bei der Rückkehr in den Saal den Beschluß des Kollegiums.

Es folgt Verlesung der bereits in der Auflagschrift mitgetheilten Briefe der Herren Dr. Landsberg, W. Laufer (Wiener "Presse") und Franz Wallner. Nach Verlesung dieser Schriftstücke erläutert der Verteidiger Döschhorn: Der Angeklagte hat das dringendste Interesse, da in einem der Schreiben von einem Bestechungsversuch die Rede war, zu kundtun, daß er nicht etwa einen Bestechungsversuch gemacht hat. Mit dem Bericht hat es folgende Bewandtniß: Nachdem jeder Artikel in der "Presse" erschienen, hat man sich Mühe gegeben, Jemand zu entdecken, der den Artikel eingesendet hat. Unter anderen auch von Seiten des außwärtigen Amtes. Der Angeklagte hat nun erfahren, daß eines Tages ein Herr in dem Redaktionssbüro der "Presse" erschien ist, der sich v. Brettfeld nannte und welcher gern wissen wollte, wer jene diplomatischen Enthüllungen eingesendet habe. Er deutete an, daß er im Interesse der Familie des Grafen Arnim diese Auskunft haben wollte. Diese Behauptung des Herrn v. Brettfeld war eine Lüge, denn die Familie hatte ihm einen solchen Auftrag nicht gegeben. Herr v. Brettfeld erklärte sich bereit, für den Fall einer Indiskretion eine Kavution verfallen zu lassen in Höhe von 20.000 Thlrn., die er auf Verlangen auf 30.000 Thlr. erhöhen wollte. Bei den Herrn v. Brettfeld abgesendet hat, daß wird sich feststellen lassen; die Kavution wurde abgelehnt und Herr v. Brettfeld ist verschwunden. Kurz darauf erschien wiederum Jemand und später auch Herr Bacher, Bruder des Geh. Reg. Rath, welcher durchaus zu wünschen schien, daß Graf Arnim als der Einsender der Enthüllungen bezeichnet werde. Sollte der Gerichtshof auf diesen Umstand Gewicht legen, so bitte ich den Herrn v. Brettfeld telegraphisch vorlaufen zu lassen.

Der Gerichtshof hält die Vernehmung dieses Zeugen nicht für nothwendig.

Staatsanw. Tessenendorff: Was die vorher angeregte Sache mit Herrn v. Brettfeld anlangt, so bin ich nicht in der Lage, Aufklärung darüber zu geben, ebenso wenig aber als richtig zugegeben, was der Herr Verteidiger hier erklärt hat.

Darauf gelangt ein Brief des Grafen Arnim an Dr. Landsberg zur Verlesung d. d. Karlsbad, 7. Juni c. In diesem Briefe geht der Graf Aufklärung über ein Mißverständnis hinsichtlich einer Verforderung des Adressaten.

Angeklagter: Die in dem soeben verlesenen Briefe angelegte Frage hat dahin geführt, daß an allerhand gehäufte Darstellungen zu knüpfen von secularen Beziehungen, die ich zu sehr ehrenwerthen Personen gehabt habe. Ich erkläre hiermit, daß es sich hier nur um die Erstattung von haaren Auslagen handelt, welche Herr Dr. Landsberg für mich gemacht hat.

Hierauf wird aus der "Spenerischen Zeitung" vom 1. Mai d. J. der bekannte offene Brief des Grafen Arnim über die diplomatischen Enthüllungen verlesen, und das letzte zur Verlesung gelangende Schriftstück ist ein Erlass des Reichskanzlers vom 9. Januar 1873. (Durch Rudolf Lindau abgegeben). Darin wird angezeigt, daß der v. Rudolf Lindau der dortigen Botschaftattaché sei, zur Behandlung von Brechungslegerheiten. Der Reichskanzler unterfragt darin allen in Paris zur Gesandtschaft gezogenen Personen in eine direkte Verbindung mit der Presse zu treten.

Damit ist die Verlesung von Altenstücken und die Beweisaufnahme über die Punkte II. und III. beendet und es tritt eine Pause ein. Nach der Pause findet, wie der Präsident erklärt, eine geheimer Sitzung statt. Die nächste öffentliche Sitzung beginnt Montag, Vormittags 10 Uhr. — In der geheimen Sitzung wurde, wie die "Magd. 3" schreibt, zunächst Graf Arnim verbürt, worauf die Verlesung keiner politischer Altenstücke folgte. Der Staatsanwalt bemerkte bei Bezug der Sitzung, daß eine Veröffentlichung des Inhalts jener Altenstücke die Anklage auf Landesverrat nach sich ziehen werde. Vielleicht kommt das Blauey der Staatsanwaltschaft schon am Montag.

Brief- und Zeitungsberichte.

H.B. Berlin, 13. Dez. In der gestern Abend beim Fürsten Bismarck stattgehabten Soirée ereignete sich folgender Vorfall: Im Arbeitszimmer des Fürsten befanden sich auf einem Tische liegend die Pistolen von Kullmann und Blind, außerdem noch ein anscheinend ungeladener Revolver. Ein Abgeordneter, (wie man sagt der deutschen Reichspartei angehörig) fasste die Waffe an und ging so unvorsichtig damit um, daß sich dieselbe entlud, glücklicherweise aber die Kugel Niemand der Anwesenden im Zimmer verletzte. — Die Geschäftsförderungskommission, welche über den Antrag Lüders, betreffend das Verfahren gegen den Abgeordneten Majunka (welcher in Ausübung seines Reichstagmandats verhaftet worden ist) in Beratung getreten, konnte sich bis jetzt (3 Uhr) über die Angelegenheit noch nicht schlüssig machen. Die Kommission tritt heute Abend um 7 Uhr wieder zusammen. Die Meinungen innerhalb der Kommission gehen, ohne daß ein beschränkter Entschluß schon gefaßt ist, dahin, daß, so lange das Obertribunal sich noch nicht über die Frage schlüssig gemacht hat, der Reichstag schwerlich eine Änderung des Artikels 81 der Verfassung wird vornehmen können. Allgemein wurde das Verfahren Tessenendorfs einer ernsten Kritik unterzogen. Von Seiten der Regierung war der Unterstaatssekretär im Justizministerium Friedberg zugegen.

Nach "Scherstem" Vernehmen eines hiesigen Correspondenten ist der l. preuß. Justizminister Dr. Leonhardt und zwar lediglich aus Gesundheitsrätschen entschlossen, daß Portefeuille niedergelegen; ob, na gänzlich in den Ruhestand zu treten, oder später einen andern Posten zu übernehmen, sei dahingestellt. Diese Veränderung werde schon für die nächste Zeit zu erwarten sein. Als Nachfolger des Justizministers nennt man den Kultusminister Dr. Falk oder den Unterstaatssekretär im Justizministerium, Dr. Friedberg. Die Bestätigung dieser Meldung, von der, heiläufig bemerkt, die hiesigen Blätter noch nicht das Geringste wissen, würde sicher allgemeines Bedauern erwecken.

Ein Privattelegramm meldete uns vor einigen Tagen, daß der Reichstagsabgeordnete Robert Victor von Puttkamer-Lyck bisher Regierungspräsident in Gumbinnen, zum kaiserlichen Bezirkspräsidenten für Lothringen (Metz), an Stelle des Grafen Adolf v. Arnim-Boyzenburg ernannt werden solle. Gewisse Namen sind im Reichstage besonders stark vertreten. Derselbe zählt Schmidt's (auch Schmidt) 6, Schulz's (auch Schulte und Schulte) 4, Stolberg's 4, Hohenlohe's 4 und wenn man die Naturor und Ujei hinzurechnet, 6. Auch der Puttkamer sind 4. Zwei davon sind national-liberal und Obergerichtsräthe. Zwei davon konserватiv, wovon einer der Einzugs genannte Präsident und der Andere ein Gutsbesitzer, Hauptmann a. D. und Feuerwehrbergs-Direktor. Sie stammen alle aus Pommern. Mit ihren parlamentarischen Namen in obiger Reihenfolge aufzuzählen, heißen sie: 1. von Puttkamer-Sorau (Schlesien), 2. von Puttkamer-Frauenstadt (Posen), 3. von Puttkamer-Lyck (Preußen), 4. von Puttkamer-Schönwitz (Pommern). Die beiden Erstgenannten, die national-liberalen Puttkamer's, sind beide scharfsmügige Juristen. Sie sprechen selten, aber dann sehr gut. Puttkamer-Sorau versteht ebenso gut die Polen, wie Puttkamer-Frauenstadt die Frankoquillons abzuführen, namentlich ihnen Irthümer und Parancz in geschicklicher Beziehung nachzuweisen. Regierungspräsident von Puttkamer ist der älteste Sohn des ehemaligen berliner Polizeipräsidenten von Puttkamer, der später bis zu seinem Tode das Ober Präsidium der Provinz Posen führte. Bekanntlich ist Fürst Bismarck mit der Familie von Puttkamer durch seine Gemahlin zum Theil eng verschwägert. Der jetzige Bezirkspräsident wurde dem Reichskanzler vor einigen Jahren näher bekannt, als er noch das Amt eines Landrates im Kreise Demmin bekleidete. von Puttkamer wurde zuerst von diesem Posten als Hilfsarbeiter in das Bundeskanzleramt berufen und hier mit einem Dezerante unter der unmittelbaren Leitung des Fürsten Bismarck betraut. Er rückte bis zum etatsmäßigen Rath hinauf und trat sodann in das preußische Ministerium des Innern über. Seine demnächstige Versetzung nach Gumbinnen wurde in amtlichen Kreisen allgemein als der Anfang einer größeren Carrrière betrachtet. Er hat früher weder dem Abgeordnetenhaus, noch dem Reichstage angehört. In dem letzteren steht er erst seit Frühjahr 1874. Seine Wahl ist wegen schwieriger Beurteilung beanstandet, und wird, wenn sich die Angaben des Beschwerdeführer h. wahrheit, vernichtet werden. Vielleicht erledigt sich aber auch die Wahlreklamation dadurch, daß er aus Anlaß seiner Ernennung zum Präfekten von Lothringen freiwillig sein Mandat neverzulegen beschließt. Darüber, ob er wegen dieser Ernennung rechtlich verpflichtet wäre, sich einer Neuwahl zu unterziehen, streiten die Reichstags-Juristen.

lokales und Provinzielles.

Posen, 14. Dezember.

In Betracht der Kanalisierung unserer Stadt schweben bereits seit dem Jahre 1869 Unterhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Polizeidirektorium, welches schon seit jener Zeit daran dringt, daß die Abflüsse aus den Häusern nicht in die offenen Rinnsteine, sondern in unterirdischen Kanäle abgeleitet würden. Nachdem nur im Laufe des Sommers d. J. der Magistrat nochmals beim Polizeidirektorium Beschwerde über den Gestank auf den Straßen unserer Stadt geführt, und dasselbe ersucht hatte, diesem Zustande dadurch abzuhelfen, daß die Haushalter zur Desinfektion der Häuser insbesondere der Klosett-Abflüsse polizeilich angehalten würden, hat neuerdings, unter dem 5. d. Nov. das Polizeidirektorium an den Magistrat ein Schreiben gerichtet, dessen Inhalt etwa folgender ist:

Das Polizeidirektorium sei erfreut über die Seitens des Magistrats erneut ausgesprochene Anerkennung der Bemühungen, welche die hiesige Polizeibehörde zur Überdringung der sanitären Interessen unserer Stadt aufwende. Zu sich aber sehe es sich genötigt, auf's Neue herzurütteln, daß die Polizeibehörde nicht in der Lage sei, für die hier obwaltenden Nebelstände, insbesondere die in Nede schenke Verpestung der Straßenrinne, wirksame Abhilfe zu schaffen; dies sei namentlich aus mit den, hier mit größerer Strenge beaufsichtigten Desinfektions-Maßregeln nicht möglich. Das Polizeidirektorium habe es wiederholt dem Magistrat gegenüber ausgesprochen, daß es partielle Kanalisation für wenig wünschenswert halte, und dieselben nur für einen Notbehelf bis zur Einführung allgemeiner Kanalisation erachte. Daher habe es seit 2. April die vorgelegten partiellen Kanalisations-Projekte nicht zur Ausführung kommen lassen, weil seitens des Magistrats Aufsicht auf allgemeine Kanalisation gemacht wurde. Trotzdem sei während dieser Zeit die Frage der Kanalisation weniger gelööst worden. S. dies die Rückstätt auf die Gleichheitsfrage erforderlich. Obwohl dem Magistrat detailierte Projekte vorliegen, sei ein Vorgehen in dieser Beziehung kaum noch wahrnehmbar. Das Direktorium sehe sich deshalb gewungen, den Magistrat darauf hinzuweisen, daß die hiesigen Verhältnisse es gleichzeitig verlangen, daß schneller als bisher eine Belebungsmaßnahme über die Veränderungen in der Reinigung und Entsorgung der Stadt angestrebt werde. — S. darüber habe das Polizeidirektorium ausgeführt, daß das hiesige Senkgruben- und Abschluß-System allgemein als unhaltbar anerkannt sei; der Magistrat habe auch keinen Widerspruch gegen diese Aufführung erhoben. Er sei ferner vom Direktorium darauf hingewiesen worden, daß in großen Städten mit stark bewohnten Häusern, wie in Posen, unvermeidlich daß in die Rinnsteine treide Hauswasser ableitbare Gerüche verbreite, daß dies aber in erhöhten Maße der Fall sein müsse, wo, wie hier, Wasserleitung in die Häuser einführt sei; auch dies sei allgemein anerkannt. Dazu treten endlich die hier im Bereich der Wasserhöfe ohnehin bestehenden eigentümlichen Umstände. Der Magistrat sei derselben bei Errichtung der neuen städtischen Wasserleitung nicht entgegengestellt, habe vielmehr die Abgabe von Wasser für Wasserlosigkeit in den Tarif aufgenommen; einer Anzahl von Haushaltern seien sogar die Wasserlosigkeit-Anlagen mit dem Baukosten seitens des Magistrats genehmigt worden. Unter diesen Umständen sei es unabdinglich, die zahlreichen Wasserlosigkeit-Anlagen der Stadt zu lösren, resp. zu schließen, was außerdem, wie nicht etwa Konventionen gegen die bestehenden Börsenrichten konstatirt seien, für rechtlich bedeutsam und nutzlos zu erachten. — Es erübrigte demnach nur, daß das Gemeinwesen für Beseitigung der Nebelstände Sorge traue, welche sich aus den obigen allgemeinen Verhältnissen der Stadt ergebe. Daß diese Nebelstände der schreie undsten Art seien, habe der Magistrat selbst anerkannt. Das Polizeidirektorium übergehe hier

zurzeit die Gefahr, welche aus dem hier noch festgehaltenen Senkgrubensystem für die Gesundheit der Bevölkerung erwache; denn eine Änderung desselben werde von der Art der Ausführung der Entwässerung der Stadt abhängen; als den größten und gefährlichsten Nebelstand bezeichnete das Polizeidirektorium im Einverständnis mit der Stadt die Verpestung der Straßen durch die Ausfällen und Steinsteine. Diese Verpestung der Straßen mit heranziehen. — Diesen Zustände sei nur durch Entwässerung der Stadt mittels eines unterirdischen Kanalsystems abzuheben; wenn irgend möglich, werde mit dieser Kanalisation auch die Fortführung der Fäkalstoffe zu verbinden, also auf das s genannte Schwemmenystem Bedacht zu nehmen sein. — Der Magistrat habe früher wiederholt gestellt gemacht, die Frage der Kanalisation sei noch nicht abgeschlossen. Da dies je der Fall sein werde, bleibe dahin gestellt. Jedenfalls sei in der nächsten Zeit klarzulegen, daß die Kanalisation eines der vorzüglichsten Systeme der Städtevereinigung sei, welches wiederholt die großartigsten Erfolge in der Verbesserung des Gesundheitszustandes herbeigeführt habe. Indem das Polizeidirektorium annimme, daß der Magistrat diese Ansicht teile, erscheine es hiermit denselben, die Verhandlungen über die Kanalisation unserer Stadt möglichst zu beschleunigen, daß Projekt des Magistrats dem Polizeidirektorium spätestens nach drei Monaten zur formellen Mitprüfung vorzulegen, oder doch wenigstens unter Darlegung des Standpunkts der Bearbeitung anzugeben, wann diese Vorlesung zu erwarten sei. Sollte dies nicht der Fall sein, der Magistrat auch innerhalb gleicher Frist nicht annehmen, welches andere System er etwa für Abstellung der Nebelstände zu verfolgen gedenke, werde das Polizeidirektorium sich anstrengt sehen, abermals und ungestüm Maßregeln in Erwägung zu ziehen, welche dies Ziel im Auge haben. Die Richtung und Ausdehnung dieser Maßregeln müsse natürlich von der Erwaltung des jedesmal vorliegenden Zustandes abhängig gemacht werden; das Polizeidirektorium werde indessen bestrebt sein, schon vor Eintreten der warmen Jahreszeit in den vorzugsweise bedrohten Städten Kanalisationen durchzuführen, sei es im Wege der Vereinbarung mit den Abgeordneten, sei es im Wege des Zwangsverfahrens. Die Verantwortung für die Verpestung der Straßen und für die sanitären Nebelstände, welche durch mangelhafte Entwässerung und Reinigung der Stadt überhaupt herbeigeführt werde, lehne das Direktorium hiermit zurück ab. Die Leistungen der hiesigen Polizeibehörde in den letzten Jahren seien gewesen, wie sie nur zum Nachteil des übrigen Dienstes und der Bevölkerung erreicht werden könnten, auf die Dauer aber sich überhaupt nicht durchsetzen lassen. Vollständige und dauernde Abhilfe könne nur durch ein geeignetes Vorgehen der Gemeinde geschaffen werden.

Herr Kanzleirath Knorr, Kanzleichef des hiesigen Appellationsgerichts beginnt am vergangenen Sonnabend die Feier seiner 60jährigen Amtshälfte. Derselbe trat am 12. Dezember 1814 im Alter von 17 Jahren bei der damaligen Präfektur zu Kalisch (Herzogtum Warschau) in Dienst, und ging am 1. September 1815 nach der Okkupation in das Justizorganisations-Büro zu Posen über. Seitdem hat der Jubilar 59 Jahre lang unserer Stadt angehört; 1817 wurde er etatsmäßiger Registratur-Assistent beim damaligen Oberappellationsgericht, 1825 Registratur, 1834 Büreauchef des Oberlandesgerichts, und wurde 1849 an das Appellationsgericht versetzt, an welchem er noch bis heute, körperlich und geistig frisch, thätig ist. Das Vertrauen seiner Mitbürger ist ihm vielfach zu Theil geworden: seit dem Jahre 1839 ist er Stadtverordneter, war von 1846–51 Stadtverordnetenvorsteher, dann längere Zeit Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers, und 1849–50 Vertreter der Kreise Posen und Schlesien in der damaligen zweiten Kammer. 1847 erhielt er den Titel eines Kanzleiraths, 1861 den Rothen Adlerorden 4. Klasse, und 1864, bei Gelegenheit seines 50jährigen Amtsjubiläums den Kronenorden 4. Klasse. Das Plenum des Appellationsgerichts, Deputationen der städtischen Kollegien und zahlreiche Freunde sprachen dem Jubilar ihre Glückwünsche aus.

Auf die Beschwerde des Bürgervereins in Bezug der Abberatung einer engeren Wahl zwischen dem Polharter Gerlach und dem Kaufmann C. Hartwig seiens des Wahlvorstandes hat die l. Regierung in ihrer gestrigen Sitzung, wie wir hören, entschieden, daß das vom Wahlvorstand bei der Stadtverordnetenwahl in der I. Abtheilung der Wähler am 28. d. M. gehandhabte Verfahren vollkommen korrest sei, und demnach eine engere Wahl zwischen den beiden obigen Kandidaten, welche auf zwei Jahre die relativ meisten Stimmen, aber nicht die absolute Majorität erhalten, stattzufinden habe. Wie wir hören, beabsichtigt nun der Vorstand des Bürgervereins, mit seiner Beschwerde an den Herrn Oberpräsidenten zu gehen.

Der Dekan Tafelski in Kröben, welcher auf Anordnung des Kreisgerichts in Gostyn am Sonnabend zur Vernehmung zwangswise erschien worden war, ist, wie von dort gemeldet wird, da er jede Auskunft über die Persönlichkeit des apostolischen Delegaten verweigerte, von dem Gericht in einer öffentlichen Haft verurtheilt und zur Verbüßung derselben in das Gefängnis abgeführt worden. Zur Zeit sind drei Delane wegen ihrer Weigerung über die Person des geheimen apostolischen Delegaten Auskunft zu geben, in gerichtlicher Haft. Außer Tafelski und Krzyzak (Schrimmer Dekan) im Gefängnis zu Gostyn, Tzowksi in Kempen. Das Gostynner Gefängnis beherbergt außer den beiden genannten Geistlichen noch den Bürgermeister von Kröben Mierzejewski, welcher eine wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Fürsten Bismarck verwirkte Gefängnisstrafe abzulösen.

Die 1. berliner Papins-Zückerei von A. F. Löffel in Steglitz wird in den Tagen vom 17. bis zum 19. d. in Posen eine Ausstellung von 300 Stück Papins der verschiedensten Rassen, ferner Habitate aus den Haaren und Fellen der Kaninchen, wie Handtuchleder, Pelzwaren, Hüte, Strumpfwaren, sowie Fleischhühner aller Rassen, Brutmaschinen, Tauben, Enten, Pflauen, Fasanen und 5000 Stück Goldfische zur Ausstellung bringen. Wir machen die Freunde der Fleischverarbeitung darauf aufmerksam.

Das Kaiserliche General-Postamt hat folgende General-Berichtigung an die Postbeamten erlassen:

Die zum 1. Januar 1875 für den Verkehr mit der Post bevorstehenden heblichen Veränderungen — Einführung der Markierung und neuer, in der Rechtsausführung lautender Postwerth — werden in der nächsten Zeit zu zahlreichen Aufgaben aus den

Kritiken des Publikums veranlassung geben. Sache der Herren Postbeamten wird es dann sein, durch bereitwillige, freundliche Unterweisung die Schwierigkeiten, welche sich aus den neuen Verhältnissen, insbesondere aus der Umrechnung in die Reichsnährung, für manche Korrespondenten im Anfang ergeben werden, zu beheben und zugleich die Kenntnis der neuen Bestimmungen in allen Kreisen thunlichst bald Eingang zu verschaffen. Namentlich wird den an den Postchästen verlebenden Landbewohnern recht genaue und verständliche Auskunft zu erhalten sein, damit denselben befriedigende Weiterungen, wie sie durch Weiterholung ihrer Gänge zur Post entstehen würden, erspart bleiben. Das General Postamt begt das Vertrauen, daß die Herren Beamten der Postverwaltung, wie bisher, so auch bei dieser Gelegenheit, sich jener Aufgabe gern unterziehen und auf diese Weise bestrebt sein werden, dem Publikum die Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse nach Kräften zu erleichtern.

** In Betreff des hiesigen Stadtlaizareths ist am 20. Dezember d. J. folgendes Resscript der kgl. Regierung an den Magistrat ergangen:

"Aus den uns unter dem 13. v. M. eingereichten Verhandlungen über die, durch die Herren Oberbürgermeister Kohlets und Kretschmer, Medizinalrat Dr. Gall am 5. d. M. ausgeführte Revision des hiesigen städtischen Krankenhauses haben wir gern ersehen, daß die Verwaltung desselben es sich andauernd angelegen sei läßt, die hervorbreitenden Mängel zu beseitigen und das Krankenhaus in einen, allen an dasselbe zu stellenden Ansforderungen immer mehr entsprechenden Zustand zu bringen. — Die Revision hat konstatirt, daß die Krankenzimmer Nr. 14 und 15 des Hauptgebäudes, sowie zwei oberhalb der Pfandleihstalt gelegene der angemessenen Höhe, obgleich genügend Licht und der notwendigen Ventilation entbehren, wie auch, daß die Räume der Anstalt überhaupt der Frequenz derselben nicht mehr entsprechen, und die Erweiterung des Krankenhauses zum unabsehbaren Bedürfnis geworden ist. — Bei dem regen Interesse, welches der Magistrat d. r. B. Vervollkommenung der Einrichtung des qu. Krankenhauses bereits vorhanden hat, dürfen wir die baldmöglichste Abstellung obiger Mängel voraussetzen und erwarten darüber den desfallsigen Bericht bei Gelegenheit der Einreichung des nächstjährigen betreffenden Revisionssprozesses."

In Folge dieses Resscripts wurden unverzüglich die erforderlichen Untersuchungen angeordnet, um das statistische und finanzielle Material zur Beurtheilung der Bedürfnisfrage zu beschaffen. Diese statistischen Zusammenstellungen lassen keinen Zweifel darüber, daß weder das städtische Krankenhaus, noch die städtische Arme-Behausanstalt den Bedürfnissen der Einwohnerschaft und den Anforderungen der Krankenpflege mehr genügen, und daß Erweiterung und Umgestaltung bei den Anstalten zur dringenden Notwendigkeit geworfen sind. Vorschläge, wie diese Erweiterung und Umgestaltung zu bewirken, befinden sich in Berathung der städtischen Lazareth-Kommission, welche aber bei den vielen zu überwindenden Schwierigkeiten nur langsam vorwärts schreiten kann.

XX Graustadt, 8. Dezember. [Jagdhibition]. Am vorigen Sonnabend spielte sich eine interessante Szene bei der auf Attendorfer Territorium abgehaltenen Treibjagd ab, welche voraussichtlich einen Prozeß nach sich ziehen wird. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Der im August d. J. zu Attendorf verstorbene Bauerngesetziger Gottsch packte im Jahre 1870 die dortige Jagd auf 6 Jahre, und zahlte das Pachtgeld in Höhe von einigen 20 Thlr. alljährlich im Vorau. So auch in diesem Jahre. Nun trat aber der Tod des p. Gottsch ein und die hinterbliebene Witwe, welche sich zur weiteren Ausübung der Jagd berechtigt glaubte, umso mehr als die Parte von Seiten des Gerichtshofen Vogt nicht gefündigt und der bis zum 1. April 1875 vertragsschulde Pachtzins nicht zurückgezahlt war, bestritt die Bilder ihres verstorbenen Mannes in ihrem Namen nach Belieben auf dem qu. Territorium zu jagen, und bandete ebenfalls auch die Jagdlegitimation aus. Der Gerichtshofen Vogt ist jedoch der Meinung, daß durch den eingetretenen Todesfall der Kontakt erloschen, und verpachtete dieserhalb im Monat September diese Jagd nochmals anderweitig, also in einem Jahre zweimal. Als nun eines Tages im Monat September die Gebüll. Vogt auf bewußtem Territorium jagten, wurden sie von dem Gerichtshofen Vogt wegen unbefugter Ausübung der Jagd denunziert.

Die hiesige Kreisgerichts-Deputation erkannte jedoch auf Freisprechung, da angenommen wurde, daß erst eine sechmonatliche Kündigung vorangehen müßt, mithin die Witfrau Gottsch die alleinige Besitzerin der Jagdklaus zu Attendorf sei. In Folge dieses Urteils veranstaltete nun die Witfrau am vorigen Sonnabend eine Treibjagd, deren Leitung sie ihrem Schwager Chr. Gottsch zu Kursdorf übertrug. An dieser Jagd beteiligten sich 15 Schützen und hatte man bereits 19 Haken erlegt. Da auf einmal sprengten zwei Gendarmen in Begleitung des p. Vogt heran und rufen halt! Chr. Gottsch, darüber bestürzt, begiebt sich zu dem einen Gendarmen und zeigt ihm seine Legitimation. Dies hinderte jedoch die Gendarmen nicht, die Jagd zu verbieten mit dem Bemerkten, vom Landrat dazu beauftragt worden zu sein. Die Schützen wollten trotzdem die Jagd fortführen. Als aber die Beamten mit Konfiskation der Gewehre drohten, mußte man sich in das Unvermeidliche fügen. Wie wir vernehmen, so sind auch die geschossenen 19 Haken am Montage mit Beschlag belegt worden. Man ist allgemein auf den Ausgang der Sache gespannt.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Wien, 12. Dezember. Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 3. bis zum 9. Dezember 650,045 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindereinnahme von 100,327 fl.

** London, 13. Dezember. Aus ALEXANDRIEN wird vom heutigen Tage telegraphirt, daß nach einer amtlichen Bekanntmachung des Bizekonsuls die bis zum März d. J. int. fälligen Obligationen der egyptischen Staatschuld mit 8 p.C. pr. annum diskontirt werden sollen.

** Zu den Ausweisen der fremden Banken. Die wohl geschickteste Kürd vor einer weiteren Diskontierung der englischen Bank hat jedenfalls lärmend auf den geschäftlichen Unternehmungsgeist gewirkt. Wie früher die große Zunahme, so steht in Folge dessen heute die große Verminderung im Wechselportefeuille dieser Bank in Erstaunen. Zu der Summe von 2,05 Mill. Pfd. St., welche der Bank durch den Rückzug des Leibgeschäfts zur Disposition stand, kamen noch 835,553 Pfd. St. neue Einlagen des Staats, und wurde es dadurch möglich, den Notenumlauf um 625,125 Pfd. St. einzuschränken, den Baarvorrath um 364,917 Pfd. St. zu erhöhen und endlich vom Guthaben der Privaten 1,9 Mill. abzustohen. Die Totalreserve hat 990,032 Pfd. St. gewonnen, so daß sie jetzt mit 9,629,937 Pfd. St. den Stand vom Anfang Oktober (rund 10 Mill.) beinahe wiedererlangt hat. Damals betrug der Diebstahl nur 3 p.C., ging dann am 15. Oktober auf 4 p.C., um am 16. November auf 5 und am 30. desselben Monats auf 6 p.C. zu gehen. Die letzten günstigen Veränderungen liefern beinahe eine Diskontherabsetzung erhohter, wenn der Jahresdurchschnitt mit seinen größeren Geldanforderungen nicht so nahe wäre. — Die Bank von Frankreich hat ihren Baarvorrath auch in dieser Woche wieder ansehnlich (11,727,000 Fr.) vermehrt. Die Privaten nahmen nicht allein ihren Kredit um 27,5 Millionen Fr. weniger in Anpruch, sondern es wanderten auch von derselben Seite in Form von Depositen 24,9 Millionen Fr. in die Bank. Auch der Staat zahlte 2,8 Millionen Fr. ein und fand nur 0,8 Millionen durch Zunahme der Vorlässe aus der Bank gegangen. Dem Gesamtaufschluß von 54,5 Millionen Fr. steht eine Zunahme des Metallvorraths um 11,7 und eine Abnahme des Notenumlaufs um 38,8 Millionen gegenüber. — Der Wochenausweis der österr.-franz. Nationalbank zeigt eine bedeutende Verminderung des Banknotenumlaufs und zwar um 5,674 Millionen, an Staatsnoten wurden abgezehrten 0,451 Millionen. Ecclompe und Lombard haben sich nur wenig verändert. Dagegen vermehrten sich die Giro-Einlagen um 2,317 Mill., die einzulösenden Bankanweisungen und andere fällige Passiva um

1,2 Mill. Metallvorrat und Devisen-Vorlesenisse verminderen sich zusammen um 1,064 Millionen. Alle diese Posten zusammengehalten würden eine Verringerung des Notenumlaufs um beiläufig 4,5 Mill. bedingen, wonach eine gewisse Mehrabnahme auf Veränderungen zurückgeführt werden müßt, welche aus dem Ausweise nicht ersichtlich sind. Die Notenreserve beträgt gegenwärtig 43,707 Millionen und mit Einrechnung der im Besitz der Bank befindlichen Staatsnoten 45,473 Millionen.

** Petersburg, 12. Dezember. Die Meidobank setzt den Diskont für Wechsel vom 30. November a. St. ab von 5½ auf 5 und den Lombardzinsfuß von 6½ auf 6 p.C. herab.

Vermischtes.

* Berlin, 10. Dezember. Gestern Nachmittags gegen 5 Uhr ist auf dem Telegraphen-Apparat der hiesigen Steinwarte folgende Depesche von der Expedition in Ispahan zur Beobachtung des Vorübergangs der Venus vor der Sonne eingegangen:

Prof. Voerster, Berlin.

Unter sehr ungünstigen Witterungsverhältnissen heut neunzehn brauchbare photographische Aufnahmen gewonnen. Kontakt-Beobachtung durch Wolken wesentlich gehindert.

Fritzsch.

Hier nach ist in Ispahan trotz erschwerender Verhältnisse ein genügendes Resultat erreicht worden, da neunzehn photographische Aufnahmen eine hinreichend sichere Grundlage für die Messungen bieten werden. — (Vgl. auch Tel. Dep. D.R.)

* Der Senioren-Konvent der Berliner Corps-Studenten hat auf den letzten Brief des Herrn v. Hülsen folgendes Antwortschreiben erlassen: "Ew. Exzellenz erlaubt sich der unterzeichnete S. C. mit Bezug auf den von Ew. Exzellenz der Berliner Studentenschaft vor einiger Zeit überwandten Brief, sowie mit Bezug auf den Beschluß der hiesigen Studirenden und die Antwort Ew. Exzellenz auf den betreffenden Beschluß folgendes zu geneigter Kenntnahme mitzuteilen. Wie die S. C. S. C. sämtlicher hiesigen deutschen Hochschulen, so hält es auch der Senioren-Konvent des Berliner Corps — als ältester studentische Behörde — für eine seiner ersten Pflichten, die Ehre der Studentenschaft nach innen wie nach außen hin mit Nachdruck zu vertreten. Nach dem bekannten Beschluß der Berliner Studentenschaft vom 25. November a. e. einen Beschluß, der auch den Intentionen des Berliner S. C. vollkommen entsprach, hatte der S. C. zunächst keine Veranlassung, seinerseits in der betreffenden Angelegenheit irgend welche Schritte zu thun. Da aber eine nicht geringe Anzahl Berliner Studenten selbst nach dem betreffenden Entschluß es nicht verschmäht hat, weiteren Gebrauch von jener Vergünstigung zu machen, so sieht sich der unterfertigte S. C. veranlaßt, Ew. Exzellenz zu erläutern, daß er die Existenz derartiger Elemente innerhalb der Berliner Studentenschaft bedauert, die so wenig Verständnis für das gemeinsame Interesse und die Ehre des gesammten Studentenschaft haben. Jedenfalls erklärt er unterzeichnete S. C. — im Auftrage der Berliner Corpsstudenten — hiermit Ew. Exzellenz, daß er seinerseits das Vorzeichen Ew. Exzellenz gegen die Berliner Studentenschaft, wie es in dem ersten Schreiben Ew. Exzellenz sich fand gab, entschieden missbilligt. Der Berliner S. C. erhält hiermit die energische Ablehnung der betreffenden Vergünstigung im vollen Maße aufrecht, selbst auf die Gefahr hin, sich ein "Kineswegs zu unterschätzendes Bildungsmittel" zum vollen Preise zugänglich machen zu müssen. Berlin, den 4. Dezember 1874. gez.: Der S. C. zu Berlin. Das präsidirende Corps Normannia. J. A. gez.: C. Modus, stud. phil.

* Herr v. Nordenflycht poetisch verarbeitet. Die zudringlichen Kundgebungen des Bedauerns über das Scheiden des Herrn v. Nordenflycht aus seinem Amt in der ultramontanen Presse müssen durch ihre Geschmacklosigkeit auf den Bedauern selbst den peinlichsten Eindruck machen. Die "Schlesische Volkszeitung" liefert bei dieser Gelegenheit eine neue Probe ihrer gewohnten komischen Ugeschicklichkeit. — Herr v. Nordenflycht ist bekanntlich ein seiner Kenner der Dichtkunst und hat dies durch seine literarische Tätigkeit bewiesen. Das weiß die "Schles. Volksatz." und darauf hout sie ihren Plan. Sie dichtet deshalb in ihrem Feuilleton folgendes Gedicht auf, „ich“, wie der kluge Leser merkt, lediglich zu dem Zwecke, den legten Vers auf „Nordenflycht“ auszugehen zu lassen:

Unserem scheidenten Oberpräsidenten
Herrn Ferdinand Freiherrn von Nordenflycht
zum Geburtstage

den 10. Dezember 1874.

Du übstest Ritterart und hebre Christenpflicht
Und hielst vor Augen stets des Ewigen Gericht,
Dir sammelnd edler Thaten reiches Vollgewicht.
Drun holt Du zart geschnürt des Glaubens heilig's Licht —
Und meideßt nun Dein Amt. Welch schmerlicher Bericht!
Du warst für uns fast nur ein herzlich Traumgesicht!
Doch walst Gott, uns täuscht die gold'ne Hoffnung nicht:
Nach rauhem Sturm hervor aus düst'rem Nebel dicht
Balde milde Nieses heller Sonnenstrahl. Dir bricht
Und neue Vorbeißer um Deine Stirn sich sticht!
Leb' wohl, Du Genius, Freiherr von Nordenflycht!

* Theodor Wachtel, der seit einigen Tagen im Stadttheater zu Düsseldorf Gastvorstellungen giebt, wäre dort, wie der "Düsseldorfer Zeitung" von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, bei nahe um seine kostbare Stimme gekommen, ja er hätte sein Leben einbüßen können. Der Kammeränger pflegte, so wird erzählt, zu früher Morgenstunde noch der Ruhe, als ein beanspruchendes Gefühl ihn erwachen macht. Er springt aus dem Bett und gewahrt, daß der tüchtige Ofen des Gasthofzimmers die Schlafstube mit dichtem Rauch angefüllt hat. Sein kostbares Vermögen, seine Stimme zu retten, achtigt es dem Tenoristen noch, das Fenster zu öffnen und so sich Lust und Hülfe zu verschaffen.

* Lemberg, 10. Dezember. Wir haben bereits kurz die Geschichte von dem frommen Dominikaner erzählt, der einen Diebstahl begangen und dies auch freimüthig eingestanden hat, jedoch auf Grund des Verdikts der lebensgeraden nach wie vor unbescholtene bleibt. Die Betrachtungen, welche ein polnisches Blatt über diese Affaire anstellt, sind in mancherlei Hinsicht beachtenswerth. Der "Dziennik Polski" schreibt:

Pater Nowacki, welcher, wie verlautet, von Rom nach Galizien geschickt wurde, war der Kanzler des Meisters. Er schwieg und schwieg über die Gottlosigkeit der Presse und der ganzen Welt. Zur Linderung seines Schmerzes hielt er sich in seinen Minuten nicht in der Klosterzelle auf, sondern begab sich zu einer gewissen Vorstadt-Schönheit. Diese war ein so zartfühlendes Wesen, daß sie ihn nicht anders als "Gusti" nannte, er aber hieß sie "Nani". Dieses zärtliche Verhältnis mochte den Engeln im Himmel gefallen, es mißfiel jedoch den PP. Dominikanern in Lemberg. Sie verbannten ihn also nach Polen; Pater Nowacki aber stieckte zu sich die Kasse des dortigen Haars und begab sich wieder nach Lemberg zu seiner "Nani". Die Polizei, in ihrer Unkenntniß der Schriften der Heiligen Kirchenväter, nahm ihn fest und überbrachte ihn dem Gerichte. In Folge dessen kam es zu einer Schlussverhandlung und der östliche Reformator erbaute die Herzen der Gläubigen mit seinen Explorationen über das Eigentumrecht und die allgemeinen Grundätze der christlichen Ethik. Besonders lehrreich war die Darlegung, daß die Kirchenväter in dringenden Ausnahmefällen die Zuhilfenahme fremder Habe anempfehlen. Schade, daß der Vorsitzende diese Ausführungen als mit den heutigen Konfessionslosen Moralitätsbegriffen unvereinbarlich fand und den Redner unterbrach. Allein der bloße Hinweis auf die Kirchenväter war für die Herren Geschworenen so überzeugend, daß Pater Nowacki mit 7 gegen 5 Stimmen freigesprochen wurde. Unter den Geschworenen fanden sich fünf Juden, und biss ein einziger Jude stimme für "schuldig". Was die übrigen Juden veranlaßte, mit "Mein" zu stimmen, ist schwer zu ermitteln. Die Einen meinen, daß die Juden das Institut der Geschworenen in Galizien kompromittieren wollten, die An-

dern sind der Ansicht, die Juden wären von dem Grundsatz ausgegangen, jeder Mensch müßte den Lehren seiner Religion folge leisten; da nun Pater Nowacki nach den Regeln gehandelt, die er aus den Kirchenbüchern herausgelesen, so müßte man ihn frei sprechen, um gleichzeitig den Beweis zu erbringen, daß die römische Religion verboten und in jeter wohlgemeinten Gesellschaft ausgerottet werden müßte. Wenn die Herren jüdischen Geschworenen das beachtigt haben, dann gingen sie eben so gewandt als kostbar zu Werke... Interessant ist die Frage, was jetzt mit den Geldern geschehen wird, welche die Polizei dem Prior in Bolkow zurückstellt hat. Nachdem Pater Nowacki nicht gestohlen, sondern bloß im Sinne der Kirchenväter diese Gelder "zu Hilfe genommen" hat, müssen ihm dieselben wieder eingehändigt werden."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekündigtes Fremde vom 14. Dezember.

KEILER'S HOTEL. Die Kaufleute Levin a. Rogow, Raphael a. Neustadt b. P.ne, Cohn a. Berlin, Pineus a. Janowitz, Rommel a. Gora, Ehrenfried, Katiner, Miodowetz, Boas a. Wreschen, Wirthschafter Gröper a. Bielitz.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer Jordan und Frau a. Popow, Katerla u. Familie a. Karoszewo, Koverski a. Frau a. Stempicin, M. Spitska a. Bolen, Lubenski a. Warschau, die Kaufl. K. Winzewski a. Breslau, Marcus Blaum a. Strzelno, Pferdehändler Nachtigall a. Holstein und Pferdehändler Witt aus Holstein.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Gutsbesitzer Beyer u. Familie a. Tarnowo, Heinrich a. Niemolo, Hochbetreuer Kluge u. Frau a. Rogow, Landwirt Holl a. Konarow, Dr. Dietrich a. Breslau, die Kaufleute Steinert, Wiener aus Breslau, Koch, Becker a. Leipzig, Borsig a. Juliusburg, Gellert a. Breslau, Distrikts-Kommissar Dr. U. u. Frau a. Mur. Goslin.

HOTEL DER BERLIN. Die Gutsbes. Deutsche a. Rommels, Grüne a. Naclaw, Telegraphen-Direktor Hirson a. Berlin, Generalbevollmächtigter Briebe und Frau aus Luboschin, Betriebsinspektor Guttenberg a. Hannover, Fabrikant Niedelt a. Chemnitz, Architekt Denzer a. Berlin, die Kaufl. Duse a. Wonrowitz, Lewy Schwarz a. Berlin, Böhme a. Dresden, Billert aus Görlitz, Trögel aus Leipzig, Müller a. Görlitz.

Berein junger Kaufleute zu Posen.
Eintrittskarten zum Concert am 16. d. M. sind nicht mehr vorhanden.

Der Vorstand.

Große Fenster, in 1079 Mustern, offert zu Fabrikpreisen
Posen, Breslauerstraße 38.
H. Klug.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 12. Dez. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 p.C. pr. Dezember 18%. pr. April-Mai 56 M. 50 Pf. Weizen pr. April-Mai 18 M. Roggen pr. Dezember 52%, pr. April-Mai 149 M. Rübbi pr. Dez. 17%, pr. April-Mai 55% M., pr. Jan.-Juli 56½ M. — Brot fest. — Wetter: Trübe.

Bremen, 12. Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 M. 65 Pf. bei.

Hamburg, 12. Dez. Getreidemarkt. Weizen und Roggen solo fest, aber ruhig, beide auf Termine ruhig. Weizen 126-psd. pr. Dezember 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Januar-Januar 1000 Kilo netto 186 B., 184 G., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 189 B., 187 G., April-Mai 1000 Kilo netto 192½ B., 191½ G. — Roggen pr. Dezember 1000 Kilo netto 164½ B., 163½ G., pr. Januar-Januar 1000 Kilo netto 163 B., 162 G., pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 161 Br., 160 G., April-Mai 1000 Kilo netto 154½ Br., 153½ G. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübbi still, loco u. pr. Dezember 56, pr. Mai pr. 200 B. 57. Spiritus still, pr. Dezember 44, Febr. März 45, pr. April-Mai 45½, Mai-Juni pr. 100 L. 100 v.C. 46½. Kaffee matt. Umfang 1000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white loco 10, 70 B., 160 G., pr. Dezember 10, 60 G., pr. Januar-März 10, 80 G., pr. Aug.-Dezember 12, 90 G. Wetter: Schnee.

Köln, 12. Dezember, Nachmittags 1 Uhr (Getreidemarkt). Wetter: Schneefrost. Weizen matter, hiesiger solo 6, 25, fremder solo 6, 15, pr. März 19 M. 25 Pf., pr. Mai 19 M. 15 Pf. Roggen still, hiesiger solo 6, 7½, pr. März 15 M. 40 Br., pr. Mai 15 M. 10 Br. Hafer fest, solo 6, 22½, pr. März 18 M. 40 Pf., pr. Mai 18 M. 30 Pf. Rüböl unveränd. solo 9 Pf., pr. Mai 21 M. 20 Pf.

